

256/90.925 P Freisinnig-demokratische Fraktion – Schweiz und Europäisches Währungssystem (EWS) (10. Dezember 1990)

Der Bundesrat wird eingeladen, die Stabilitäts- und Währungspolitik unseres Landes einer eingehenden Analyse zu unterziehen und dabei die Integration des Schweizerfrankens in das Europäische Währungssystem EWS zu prüfen. Die Ergebnisse sind dem Parlament in einem Bericht zur Kenntnis zu bringen, der insbesondere auch Aufschluss zu geben hat über die bestehenden Möglichkeiten einer schweizerischen Mitwirkung im EWS (wie zum Beispiel Vollbeitritt, Assozierung, vertragliche Zusammenarbeit) und über deren Vor- und Nachteile.

Sprecher: Schüle

1991 22. März: Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

257/90.926 P Freisinnig-demokratische Fraktion – Armut in der Schweiz. Nationaler Aktionsplan (10. Dezember 1990)

Im Unterschied zu armen Ländern bleibt Armut in einer Wohlstandsgesellschaft wie der unsrigen zum grossen Teil verborgen. Erst allmählich dringt die quantitative und qualitative Problematik dieses Phänomens in das öffentliche Bewusstsein. Ausmass, Ursachen und Wirkungszusammenhänge dieser sozialen Realität bilden derzeit auch Gegenstand des NFP 29, 5. Serie «Wandlungen der Lebensformen und Zukunft der sozialen Sicherheit». In jüngerer Zeit sind zudem von Wissenschaftern und Praktikern Untersuchungsberichte publiziert worden, die eindringlich vor Augen führen, dass Armut ein außerordentlich komplexes und hartnäckiges Problem darstellt, dessen Vielgestaltigkeit und Tragweite gewöhnlich unterschätzt wird. Armut heisst für die Betroffenen nicht nur finanzielle Mangselsituation. Das Fehlen ausreichender materieller Existenzgrundlagen ist meist begleitet von einer schmerzlichen immateriellen Not. Die FDP-Fraktion erachtet es als dringlich, dass auf Basis der bisherigen Erkenntnisse koordinierte Massnahmen zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Hilfswerken in die Wege geleitet werden. Wir laden daher den Bundesrat ein, im Jahre 1991 eine Konferenz zu diesem Thema einzuberufen und mit den zuständigen öffentlichen und privaten Institutionen einen nationalen Aktionsplan für die 90iger Jahre mit Unterstützungs- und Präventionsmassnahmen auszuarbeiten.

Sprecherin: Nabholz

258/91.3112 P Freisinnig-demokratische Fraktion – NEAT und Transitvertrag mit der EG (22. März 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, den EG-Behörden mit Nachdruck darzulegen, dass eine Inangriffnahme der Arbeiten zur Realisierung der Alpentransit-Transversalen erst im Zeitpunkt in Frage kommt, wo der seit langem anstehende Transitvertrag zwischen der EG und der Schweiz zustandegekommen sein wird.

Sprecher: Bonny

259/89.727 M Grüne Fraktion – Förderung des biologischen Landbaus (30. November 1989)

Der Bundesrat wird eingeladen, das Landwirtschaftsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass die Zielsetzungen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik und die Kriterien der Beitragsleistungen es gestatten, biologischen Landbau zu betreiben und zu fördern.

Sprecher: Schmid

260/90.314 M Grüne Fraktion – 10. AHV-Revision. Taggeld (6. Februar 1990)

Der Bundesrat wird beauftragt im Rahmen der 10. AHV Revision gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit pflegebedürftigen Betagten, die zu Hause von Angehörigen oder andern Betreuungspersonen betreut werden und dadurch einen Pflegeheim- oder Spitalaufenthalt vermeiden können, ein angemessenes Taggeld ausbezahlt werden kann.

Sprecherin: Stocker

261/90.315 P Grüne Fraktion – Einführung eines garantierten Mindesteinkommens (6. Februar 1990)

Der Bundesrat wird gebeten, durch verwaltungsunabhängige Fachexpertinnen und -experten einen Bericht zu erarbeiten, wie die Einführung eines garantierten Mindesteinkommens für alle in der Schweiz realisiert werden könnte, welche Kosten der Allgemeinheit einerseits erwachsen würden, andererseits welche Einsparungen mit der Vereinfachung im Verwaltungsaufwand erzielt werden könnten. Insbesondere müssten die Entwicklungen zur Einführung eines garantierten Mindesteinkommens in der EG mitberücksichtigt werden.

Sprecherin: Stocker

262/90.450 M Grüne Fraktion – Totalrevision der Bundesverfassung (21. März 1990)

Der Bundesrat wird ersucht, die Totalrevision unserer Bundesverfassung in die Wege zu leiten, welche zum Ziel hat, unsere Verfassung in ökologischer, demokratischer, föderalistischer und sozialer Hinsicht den Gegebenheiten unserer Zeit anzupassen und die Entwicklungen in Europa zu berücksichtigen.

Sprecher: Thür

263/90.518 M Grüne Fraktion – Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta (5. Juni 1990)

Der Bundesrat wird ersucht, aufgrund der geänderten Situation in Europa die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta erneut in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck wird der Bundesrat gebeten, dem Parlament möglichst rasch einen Bundesbeschluss zur Genehmigung der Sozialcharta zu unterbreiten.

Sprecherin: Leutenegger Oberholzer

264/90.549 M Grüne Fraktion – Nachtflugverbot für Luftfahrzeuge (13. Juni 1990)

Der Bundesrat wird beauftragt, gestützt auf Artikel 12 des Bundesgesetzes über die Luftfahrt, auf dem ganzen Gebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein generelles Start- und Landeverbot von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr für Luftfahrzeuge zu erlassen. Es ist darauf zu achten, dass dieses Nachtflugverbot auch für den binationalen Flughafen Basel-Mülhausen eingeführt wird. Ausnahmen davon nur Sanitäts-, Rettungs- und Polizeiflüge betreffen.

Sprecher: Meier-Glatfelden

265/90.565 M Grüne Fraktion – AKW Mühleberg stilllegen (18. Juni 1990)

Der Bundesrat wird beauftragt, dem AKW Mühleberg aus Sicherheitsgründen die Betriebsbewilligung zu entziehen und dafür zu sorgen, dass das AKW umgehend stillgelegt wird.

Sprecherin: Bär

266/90.668 M Grüne Fraktion – Kriegsmaterialausfuhrverbot (17. September 1990)

Bundesverfassung und einschlägige Gesetzgebung sind dahingehend zu ändern, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial verboten ist.

Sprecher: Meier-Glatfelden

267/90.810 M Grüne Fraktion – Energiepolitische Massnahmen (4. Oktober 1990)

Der Bundesrat wird eingeladen, nach dem überwältigenden Mehr für den Energieartikel und der Annahme der Moratoriums-Initiative, die laut Bundesrat «der erste Schritt zum Ausstieg ist», den beiden Räten gestützt auf die Erkenntnisse der EGES-Studien raschmöglichst einen energiepolitischen Massnahmenkatalog und einen Zeitplan vorzulegen, der in den nächsten zehn Jahren eine schrittweise Senkung des Gesamtenergieverbrauchs zum Ziele hat. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen zu setzen: